

Iwan Rickenbacher: Politische Kommunikation

Bern, Stuttgart, Wien: Paul Haupt 1995, 144 S., ISBN , DM 43,-

„Es ist nicht bekannt, dass dort, wo die Frau stimmen kann, ihr stärker als beim Mann vom Gefühl und Gemüt geprägtes Verhalten sich nachteilig ausgewirkt hat und auswirkt. [...] Politische Unerfahrenheit als Folge mangelnder politischer Betätigung hängt nicht mit dem fraulichen Wesen zusammen.“ Diese Sätze enthalten eine Begründung dafür, warum sich der Schweizer Bundesrat 1969 vor einer Volksabstimmung *für* das Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz einsetzte. Allein diese – aus heutiger Sicht zugleich empörend und amüsant anmutende – Passage illustriert einen wichtigen Befund von Iwan Rickenbacher: Volksabstimmungen sind im demokratischen System der Schweiz so etwas wie Seismographen für die politische Befindlichkeit. Um den 1981 angenommenen Artikel der Schweizer Bundesverfassung („Mann und Frau sind gleichberechtigt“) durchzusetzen, waren bereits ganz andere argumentative Strategien erforderlich.

Rickenbacher weiß genau, daß die politische Kommunikation versagen muß, wenn sie in die Rolle eines Klempners für gesellschaftliche Rohrbrüche gedrängt wird. Als teilnehmender Beobachter am politischen Prozeß scheinen ihm die kurzfristigen Thematisierungen und hastigen, von Legislaturperioden und Wahlterminen diktierten, Therapien im politischen Alltagsgeschäft ein Greuel zu sein. Seine Überzeugung: „Ohne grundlegende Änderungen der Institutionen selbst wird aber die notwendige Änderung politischen Handelns nicht realisiert werden.“ (S.101)

Der Autor – dies kommt seinem Buch außerordentlich zugute – geht sein Thema mit dreierlei beruflichen Erfahrungen an. Von 1988 bis 1992 war er Generalsekretär der Schweizer Christlichdemokratischen Volkspartei, seit 1993 ist er Direktor einer PR-Agentur, und dem Buch liegt eine Vorlesungsreihe des *Wissenschaftlers* Rickenbacher an der Universität Bern zugrunde. In zehn Kapiteln werden unter anderem eine kurze Geschichte der Volksinitiativen in der Schweiz vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart geboten, die rechtliche Stellung der Behörden in Kampagnen vor einer Volksabstimmung untersucht, die Funktionen von Referenden in der Demokratie systematisiert, die Welle populistischer Politik in zahlreichen westeuropäischen Staaten skizziert (die sich etwa in schweizerischen Initiativen gegen eine „Überfremdung“ durch die ausländische Wohnbevölkerung niederschlug) und leitmotivisch die Rolle der Medien in diesen Prozessen politischer Kommunikation erörtert. Rickenbacher macht deutlich, wie sehr die Medien auch und gerade bei sogenannter „direkter Demokratie“ als essenzieller Bestandteil der politischen Kommunikation fungieren.

Häufig beschreibt der Autor in kurzen Fallstudien einzelne Kampagnen. Den Themen Frauenrechten, Energiepolitik und Mehrwertsteuer als Gegenstand von Referenden geht er ausführlicher nach. Gerade diese Fallstudien machen seine

Ergebnisse auch für den bundesdeutschen, mit der Schweizer Innenpolitik meist kaum vertrauten Leser nachvollziehbar.

Für ein deutsches Publikum ist die Lektüre mit mehrfachem Gewinn verbunden. Geht es um Elemente direkter Demokratie, etwa die Einführung von Volksentscheiden auf Landes- oder Bundesebene, so verfügt das südliche Nachbarland über einen enormen Erfahrungsvorsprung. Ob die zunehmend komplexen gesellschaftlichen Sachverhalte dabei zwangsläufig auf allzu simple Kernaussagen reduziert werden – was die Kritiker plebiszitärer Demokratie erwarten –, ist keineswegs sicher. Zudem nehmen in der Schweiz die Bindungen an die traditionellen Parteien ebenso ab wie die Durchschaubarkeit der „Regeln und stillschweigenden Übereinkommen dieser schweizerischen politischen Kultur“ (S.9). Wie sich thematische Kampagnen erfolgreich führen lassen, wenn die große Mehrheit der Umworbene keine Parteienbindung mehr kennt, ist in den westlichen Demokratien längst zu einer Schlüsselfrage geworden. Aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung und ihrer Professionalität sind Verbände und populistische Zusammenschlüsse in der Schweiz in der Lage, ihre (Partikular-)Interessen weitaus massiver ins öffentliche Bewußtsein zu lancieren als die Parteien. Auch in dieser Hinsicht sind die Eidgenossen den deutschen Bundesbürgern einen – wenn auch problematischen – Schritt voraus.

Leider fehlt dem Buch ein erläuternder Untertitel, der die ausschließliche Beschäftigung mit der Schweiz und die Konzentration auf Volksinitiativen erklärt. Lobenswert ist die für wissenschaftliche Literatur bemerkenswerte Buch- und Druckqualität.

Rolf Geserick (Leipzig)